

Ausschuss für Kultur und Medien
Kurz-/Wortprotokoll *
11. Sitzung, öffentlich

Berlin, den 17.05.2006, 16:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus 4.900
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 6

Tagesordnungspunkt 1 S. 6

Gespräch mit Minister Dr. Frank-Walter Steinmeier zu den Schwerpunkten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der 16. Wahlperiode

Tagesordnungspunkt 2a S. 23

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2004

BT-Drucksache 15/6007

Tagesordnungspunkt 2b S. 23

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates über das Programm "Kultur 2007" (2007 - 2013)

KOM-Nr.(2004) 469 endg.; Ratsdok.-Nr: 11572/04

Tagesordnungspunkt 3a S. 23

Bericht der Kommission

Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Zweiter Bericht über die Anwendung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern

KOM-Nr.(2005)675 endg.; Ratsdok.-Nr: 5066/06

* Zu TOP 1 redaktionell überarbeitete Bandabschrift

Tagesordnungspunkt 3b **S. 24**

Vorschlag für einen Beschluss des Rates

Vorschlag für einen Beschluss des Rates zum Abschluss des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

KOM-Nr.(2005)678 endg.; Ratsdok.-Nr: 5067/06

Tagesordnungspunkt 4 **S. 24**

Vorschlag des Europäischen Parlamentes und des Rates

Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen

KOM-Nr.(2005)548 endg.; Ratsdok.-Nr: 13425/05

Tagesordnungspunkt 5a **S. 24**

Gesetzentwurf der Abgeordneten Jerzy Montag, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Journalisten und der Pressefreiheit in Straf- und Strafprozessrecht

BT-Drucksache 16/576

Tagesordnungspunkt 5b **S. 24**

Gesetzentwurf der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg van Essen, Mechthild Dyckmans, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Pressefreiheit

BT-Drucksache 16/956

Tagesordnungspunkt 6 **S. 25**

Mitteilung der Kommission

Jährliche Strategieplanung für 2006

KOM-Nr.(2005)73 endg.; Ratsdok.-Nr: 7243/05

Tagesordnungspunkt 7 **S. 25**

Entschließung des Europäischen Parlaments

Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006 (KOM(2005)0531)

(EuB-EP 1291)

Tagesordnungspunkt 8 **S. 25**

Weißbuch der Kommission

Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik

KOM-Nr.(2006)35 endg.; Ratsdok.-Nr: 5992/06

Tagesordnungspunkt 9 **S. 25**

Entschließung des Europäischen Parlaments

Struktur, Themen und Kontext für die Bewertung der Debatte über die Europäische Union
Entschließung des Europäischen Parlaments über die Reflexionsphase: Struktur, Themen und Kontext für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union (2005/2146(INI))

(EuB-EP 1303)

Tagesordnungspunkt 10 **S. 26**

Mitteilung Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Entwurf einer Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung

KOM-Nr.(2005)218 endg.; Ratsdok.-Nr: 9507/05

Tagesordnungspunkt 11 **S. 26**

Jahresbericht der Kommission

22. Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2004)

KOM-Nr.(2005)570 endg.; Ratsdok.-Nr: 5594/06

Tagesordnungspunkt 12 **S. 26**

Zur Überweisung an den UA Neue Medien:

Tagesordnungspunkt 12a **S. 26**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über Daten- und Persönlichkeitsschutz bei der Veröffentlichung insolvenzrechtlicher Daten über das Internet

BT-Drucksache 15/181

Tagesordnungspunkt 12b **S. 26**

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung

Internet und Demokratie -

Abschlussbericht zum TA-Projekt "Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten"

BT-Drucksache 15/6015

Tagesordnungspunkt 13 **S. 27**

Verschiedenes

Bundesrat

Dietzen
Hockling
Engelke
Forst
Blumenröder
Mysegades

LV Thüringen
LV Baden-Württemberg
LV Bayern
LV Sachsen-Anhalt
LV Hamburg
LV Niedersachsen

Fraktionen und Gruppen

Wettengel
Hussain
Drechsler
Bauer
Becker-Schwering
Leberl
Friebel
Mühlberg
Lintzel

CDU/CSU
DIE LINKE.
SPD
B 90/GRÜNE
FDP
CDU/CSU
SPD
DIE LINKE.
B 90/GRÜNE

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorschläge der Obleute für den Ablauf der Sitzung. Demnach sollen die Tagesordnungspunkte 3 bis 11 ohne Aussprache erledigt werden. An das Gespräch mit Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier soll sich die Beratung von Tagesordnungspunkt 2 anschließen.

Gegen dieses Verfahren wird kein Widerspruch erhoben.

Der **Vorsitzende** begrüßt Minister Steinmeier sowie Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses bzw. des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die zu dieser Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien eingeladen sind und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit Minister Dr. Frank-Walter Steinmeier zu den Schwerpunkten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der 16. Wahlperiode

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, wir freuen uns wirklich sehr, dass wir heute ein Gespräch mit Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier zu den Schwerpunkten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der 16. Wahlperiode führen können. Die kostbare Zeit verbietet mir eine lange Einleitung. Jeder von Ihnen hat in den Feuilletons der letzten Wochen lesen können, dass sich eine wachsende Diskussion über Schwerpunkte, Aufgaben, Ziele und Begrenzungen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entwickelt. Es ist, glaube ich, sehr sinnvoll, dass wir hier aus aktuellem Anlass zum ersten Mal in diesem Ausschuss Herrn Dr. Steinmeier bei uns haben, der uns zunächst einleitend einiges sagen wird. In der Vorbesprechung mit Ihrem Haus haben wir geklärt, dass Sie sich vergleichsweise kurz fassen werden. Die nötige Vertiefung soll in der anschließenden Fraktionsrunde sowie möglichst einer weiteren, offenen Fragerunde gelingen. Genug der Vorrede. Lieber Herr Dr. Steinmeier, Sie haben das Wort.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, zunächst für die Einladung. Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bin froh darüber, dass Sie so eingeleitet haben und nicht mit Hinweis auf manche Presseartikel angekündigt haben, wir würden hier, (nur), über die gegenwärtige finanzielle Situation des Goethe-Institutes reden. Darüber ist auch zu reden, aber ich bin froh, dass wir diese Situation, über die ich natürlich einige Sätze sagen werde, in den Gesamtrahmen der gegenwärtigen Situation in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stellen und bedanke mich insofern auch für die Premiere, die es heute gibt. Wie gesagt, Sinn des Ganzen ist, Ziele und Perspektiven mit Ihnen zu diskutieren. Ich werde nachher auch im Verlaufe der Ausführungen darauf zurückkommen, welche anderen Beteiligten wir in diesen Diskussionsprozess nach meiner Vorstellung einbeziehen sollten.

Ich habe in Kairo auf der Buchmesse, auf der ich Anfang dieses Jahres war, sinngemäß gesagt, die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist für mich so etwas wie ein Brückenpfeiler, auf dem, wenn er einigermaßen stabil ist, der Austausch auf dem Wege der klassischen Diplomatie und des wirtschaftlichen und politischen Ausgleichs ruhen kann. Und wenn ich von diesem Bild ausgehe und die Aufgabe

des Auswärtigen Amtes und die Aufgabe des Außenministers zu beschreiben versuche, dann liegt sie wohl darin, dass man diesen Brückenpfeiler ständig fest verankert halten muss und da, wo es anfängt zu bröckeln, nacharbeiten muss, und da, wo es notwendig ist, auch neue Pfeiler gründen muss. Ich will sagen, dass aus meiner Sicht nach den ersten sechs Monaten, die ich im Amt bin, die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einen Vorteil gegenüber der klassischen Diplomatie hat: Mit der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik erreichen wir an einem Punkt sicherlich mehr, nämlich die Menschen oder die Köpfe und Herzen der Menschen, die wir manchmal mit den Mitteln der klassischen Diplomatie nicht so recht erreichen.

Ich habe natürlich in diesen ersten Monaten versucht, genauer hinzuschauen, versucht eigene Erfahrungen zu machen und stelle zunächst einmal fest - was wir sicherlich im Verlaufe der Diskussion nachher näher beleuchten müssen: Mit unserer Spracharbeit, dem weltweiten Netz an Auslandsschulen, den Mittlerorganisationen, dem Kulturdialog, den Hochschulstipendien, der Exzellenzförderung erreichen wir aus meiner Sicht viel und wir erreichen mit diesen Mitteln, mit diesen Instrumenten vor allen Dingen viele Menschen in der Welt. Wir haben, glaube ich, einen Werkzeugkasten mit Instrumenten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, der sich im internationalen Vergleich wirklich sehen lassen kann. Und weil ich das so sehe, sage ich und setze hinzu: für den es sich zu kämpfen lohnt. Wir sind, trotz einiger größerer Sprachhürden, die wir mit der deutschen Sprache gegenüber der englischen Sprache nun einmal haben, das drittattraktivste Studienland für ausländische Studenten. Und auch die Netzwerke der Ehemaligen sind hervorragend. Der gegenwärtige Staatspräsident in Ungarn Soloyom und die kenianische Nobelpreisträgerin Wangari Maathai gehören zu den Absolventen unserer Hochschulförderung. Die gegenwärtige griechische Außenministerin Bakogianni ist Absolventin einer deutschen Schule, und ich kann nur sagen, dass die Absolventen unserer Auslandsschulen in der Regel wichtige Ansprechpartner in Wirtschaft und Politik dieser Länder werden.

50 Prozent derjenigen, die an einer deutschen Auslandsschule Abitur machen, kommen zum Studium nach Deutschland. Das zeigt, glaube ich, schon den Wert dieser Investition, die wir da vorhalten. Wir schaffen uns so einen auf andere Weise gar nicht zu erarbeitenden Kontakt und Austausch mit den Entscheidungsträgern von morgen in diesen Ländern. Wir profitieren - lassen Sie mich das hinzusetzen, um nicht zu sehr wirtschaftliches Gewicht in diese Bewertung hineinzubekommen -, wir profitieren nach meiner Ansicht auch kulturell ganz stark von diesem Austausch, nicht nur aktuell. Ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, dass die deutsche Kulturnation immer auch von diesem Austausch gelebt hat. Ich sage das auch deshalb, weil ich mich gerade heute Abend - zufällig, das ist nicht abgestimmt auf den Vortrag hier im Ausschuss - mit einer ganzen Reihe von deutschen Künstlern, mit, wie man so schön neudeutsch sagt, Migrationshintergrund treffen werde. Bei diesem Treffen wollen wir auch Fragen der auswärtigen Kulturpolitik aus deren Perspektive erörtern. Wenn man also diejenigen noch dazu nimmt, die im Ausland mit unserer Kulturarbeit in Berührung kommen, wenn man die positiven Stimmen in der Presse über den Stellenwert junger deutscher Musiker, junger deutscher Maler, junger deutscher Filmemacher im Ausland ließt, wenn ich selbst erlebe, wie deutsche Schriftsteller, die auf Reisen im Ausland mit dabei sind, jetzt in Südamerika, wahrgenommen und aufgenommen werden, dann glaube ich, steht uns allen lebhaft vor Augen, was auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für das

Bild Deutschlands in der Welt, aber auch für die Kultur hier, und wenn Sie so wollen, letztlich auch für Arbeitsplätze in der so genannten Kreativindustrie, leistet.

Deshalb sage ich noch einmal: Ich glaube, mit Blick auf den aktuellen Stand der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sind wir gut aufgestellt. Ein Stand, den wir allerdings nur dann halten können, wenn wir Inhalte, Instrumente und Strukturen den sich wandelnden Anforderungen auch tatsächlich neu anpassen. Und, verstehen Sie das bitte nicht als Drohung: Ich bin ausdrücklich nicht der Meinung, dass wir alle paar Jahre in der auswärtigen Kulturpolitik das Rad neu erfinden müssen. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir genauer hinschauen sollten, wo wir vorhandene Kompetenzen besser miteinander vernetzen können, angestoßene Reformprozesse, da, wo sie stattfinden, vielleicht schneller vorantreiben und möglicherweise, darüber wird das Gespräch bereits geführt, Strukturen anpassen müssen. Das ist kein Diskussionsprozess, das weiß ich sehr genau, den wir im Auswärtigen Amt alleine führen können. Das ist ein Diskussionsprozess, den wir mit den Mittlerorganisationen führen, den wir mit der Wirtschaft führen, den wir mit den Medien führen, mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und vor allen Dingen und nicht zuletzt mit den Künstlern und Kulturschaffenden. Ich freue mich jedenfalls, dass ich die Gelegenheit hier benutzen kann, um Sie schon jetzt für einen Kongress, den wir im Oktober im Auswärtigen Amt machen werden, einzuladen, wo wir dann diesen Diskussionsprozess anstoßen werden und danach in einem überschaubaren Zeitraum, das kann Ihnen versprechen, zu einem Abschluss bringen werden.

Ein Schwerpunkt ist, auch dank Ihrer Hilfe, in den letzten Monaten erkennbarer geworden: Die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Deutschland über die auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Auch dank Ihrer Hilfe sind wir in der Lage, jetzt 25 Mio. € mehr für diesen Bereich ausgeben zu können. Wir fördern, wie Sie wissen, Projekte der Alexander von Humboldt-Stiftung, darunter auch Wissenschaftler in islamisch geprägten Ländern. Wir fördern verstärkt Nachwuchswissenschaftler aus den neueren Mitgliedstaaten der EU, aus den Kandidatenstaaten, und wir versuchen - alles mit diesen 25 Mio. € mehr - auch ein wenig die deutschen Hochschulstrukturen im Ausland zu verbessern. Ich glaube, das ist gut angelegtes Geld. Wir schaffen auf diese Weise persönliche Verbindungen, kulturelle Verbindungen, wissenschaftliche Verbindungen und deshalb sollten wir sehen, dass wir uns diese gesteigerten Möglichkeiten, die wir uns geschaffen haben mit Hilfe der Ausschüsse und der Zustimmung des Bundestages, dauerhaft erhalten.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, der mit dem ersten eng verbunden ist: Wir setzen einen Schwerpunkt auf Weltregionen, in denen wir im Augenblick kulturpolitisch stark unterrepräsentiert sind. Das gilt immer noch für den Bereich der mittel- und osteuropäischen Staaten, das gilt aber vornehmlich für die so genannten dynamischen Wachstumsregionen im Fernen Osten, China und Indien gehören natürlich dazu. Wir können einfach nicht davon absehen und müssen realisieren, dass die Nachfrage nach Bildungsangeboten aus Deutschland in diesen Regionen stark wächst, dass das Interesse an deutscher Kultur dort stark wächst. Deshalb, glaube ich, müssen wir auch dort mit entsprechenden Angeboten präsent sein. Es muss auch dabei bleiben, dass wir neben der Präsenz in diesen Wachstumsregionen in den Regionen Präsenz zeigen, wo wir unseren deutschen Beitrag für nachhaltige Friedensarbeit leisten. In der Vergangenheit, in den früheren Legislaturperioden, hat das unter dem

Stichwort „Dialog der Kulturen“ gestanden. Man muss die Überschrift nicht ändern, aber wir müssen uns vielleicht mit Blick auf die Ereignisse seit Anfang dieses Jahres über die Inhalte dieses Dialoges neue Gedanken machen. Der Karikaturenstreit und die Folgen des Karikaturenstreites haben noch einmal ein neues Licht auf diese Auseinandersetzung geworfen und haben uns jedenfalls gezeigt, wie gefährlich die Instrumentalisierung von Kultur, insbesondere bei medialer Darstellung, sein kann bzw. werden kann.

Ich bin nicht der Meinung, wie Sie vielleicht gelesen haben, dass wir den Zusammenprall der Kulturen schon haben, aber ich bin sehr der Meinung, dass wir miteinander politisch die Pflicht haben, ihn nicht zustande kommen zu lassen, und da kann auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einen Beitrag leisten, wenn man nicht naiv ist und sagt, dass mit Hilfe eines Islam-Dialogs der Nahe Osten befriedet werden kann. Das will niemand zum Ausdruck bringen, aber mit dieser Qualität hat ja auch in der Vergangenheit die Diskussion nicht stattgefunden. Ich halte nichts davon, dass wir jetzt, in Erinnerung an die Auseinandersetzung zu Beginn dieses Jahres, in Europa einen reisenden Expertenkreis von Hauptstadt zu Hauptstadt schicken und man sich in jeder Hauptstadt erneut darin bestätigt, dass Dialog sein muss. Sondern ich glaube in der Tat, dass wir praktisches Handeln brauchen, dass wir diejenigen erreichen müssen, die wir möglicherweise mit dieser Art von Veranstaltungen in der Vergangenheit nicht erreicht haben. Deshalb wird mein konkretes Projekt für die nächste Zeit sein, dass wir versuchen, gemeinsame bikulturelle Anstrengungen zu unternehmen. Daran arbeiten wir im Moment, an Papieren und Vorschlägen. Ich würde mich freuen, wenn ich im Verlaufe des Sommers mit dem Ergebnis dieses gemeinsamen Nachdenkens erneut auf Sie zukommen dürfte.

Der Umgang mit den Medien gehört hier ganz sicherlich dazu, und der Umgang mit Jugendlichen in den Ländern, von denen wir eben sprachen, gehört auch dazu und zwar direkt und unmittelbar, um den Filter der Sensationsberichterstattung zu unterlaufen mit unseren Direktkontakten. Das wird möglicherweise die anspruchsvollste Aufgabe sein, wenn wir zu gemeinsamen Verabredungen mit Ländern, wie etwa der Türkei, kommen wollen. Lassen Sie mich, da ich im Ausschuss für Kultur bin, ganz besonders die Rolle der Deutschen Welle nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in der Zeit davor, als Hilfe für die auswärtige Politik im engeren Sinne hervorheben. Ich bin wirklich dankbar, dass die Deutsche Welle mit ihren drei Säulen, TV, Radio und Internet, unsere Deeskalationsbemühungen unterstützt hat, zuletzt auch mit dem neuen Internetangebot im Irak. Wir versuchen, das nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern wir versuchen daneben, wie Sie wissen, mit den bescheidenen Mitteln des Auswärtigen Amtes die Ausbildung von Journalisten zu betreiben. Wir versuchen auch, etwas Geld für die Unterstützung des arabischsprachigen TV-Programms der Deutschen Welle zur Verfügung zu stellen. Das ist, glaube ich, eine wirklich sinnvolle Positionierung.

Ich kann nicht reden über auswärtige Kulturpolitik, ich habe es eben angedeutet, ohne über das Goethe-Institut zu reden. Wenn ich zurückkomme auf die Gesamtbeschreibung, dann glaube ich, wird daraus mühelos ableitbar, dass sich natürlich in einem solchermaßen sich wandelnden Umfeld auch das Goethe-Institut neu positionieren muss. Wir müssen beim Goethe-Institut Inhalte und Instrumente neu zusammenbringen, ich sage aber gleich nochmals vorsichtshalber, um nicht Überschriften zu produzieren: Wir sollten bitte nicht manchem sensationslüsternen Artikel Glauben schenken, weder

denen, die erschienen sind, noch denen, die möglicherweise noch erscheinen. Ich habe gestern, nach einer größeren Runde vor einigen wenigen Wochen, noch einmal mit Frau Präsidentin Limbach und Herrn Generalsekretär Knopp zusammengesessen, und wir haben natürlich versucht, uns über Parameter zu verständigen, wie dieser weitere Reformprozess aussehen soll. Mir scheint eines jedenfalls schon jetzt vorwegzunehmen zu sein: Ich glaube - und das wird die Meinung vieler hier im Kreise treffen -, die gegenwärtige Finanzkrise ist nicht so sehr das Ergebnis der ganz aktuellen Entwicklungen. Vielleicht gibt sie eher einen Hinweis auf die Versäumnisse in zurückliegenden Zeiten. Ich will ausdrücklich, auch wenn das jetzt etwas fremd erscheint, das Krisenmanagement, das im Augenblick beim Goethe-Institut betrieben wird, loben und sagen, dass wir uns gemeinsam der Neuausrichtung des Goethe-Instituts verschreiben. Und ich bin mir sicher, dass wir da auf einen guten Weg kommen werden. Ich sehe jedenfalls, dass die Arbeit der Goethe-Institute unverändert nicht nur nicht in Frage gestellt wird, sondern weiterhin im Mittelpunkt unserer auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stehen wird. Ich glaube, dass das auch den Erwartungen der Abnehmer entspricht. Ich kann das aus Überzeugung so sagen. Das Goethe-Institut bleibt so etwas wie der Dreh- und Angelpunkt unseres weltweiten kulturellen Netzwerkes, und wenn Sie so wollen, vielleicht sogar das Gesicht dieses Netzwerkes. Jedenfalls sollten wir keinen deutschen Beitrag dazu leisten, dass das in Frage gestellt wird. Deshalb sage ich auch, dass ich es nicht hilfreich finde, wenn dann manche so tun, als könnte man Institute gegen Programme ausspielen oder, wenn es nicht Institute gegen Programme sind, dann Strukturen gegen Projekte. Ich glaube, das ist nicht der Weg, wie wir zu einer Lösung kommen, sondern man muss sich in dieser Situation jetzt hinsetzen, gemeinsam darüber nachdenken, was angepasst, was erneuert werden muss und sich die Frage stellen, wen erreichen wir wo mit welchen Mitteln am besten. Und diese Frage ist am Ende zu beantworten, wenn man sich fair und offen die Stärken und Schwächen vom Goethe-Institut genau anschaut. Da sind wir in den Gesprächen, die ich mit der Führung des Goethe-Instituts geführt habe, nicht auseinander.

Es gibt Schwächen, ich habe sie vorhin angedeutet, wir sind in ferner liegenden geographischen Räumen, die nicht nur wirtschaftlich wachsende Bedeutung für uns haben, weniger präsent als anderswo. Deshalb müssen wir sehen, ob wir manches über effizienteren Mitteleinsatz bewegen können, manches über strukturelle Änderungen, manches über innovative Kooperationsmodelle, die es ja teilweise bereits gibt.

Dasselbe kann ich im Bereich der internationalen Wissenschaftspolitik sagen. Die Kooperation von Goethe-Institut, Auswärtigem Amt und Robert-Bosch-Stiftung hat ja durchaus etwas auf den Weg gebracht, das prägend sein kann. Die Robert-Bosch-Stiftung finanziert Programmassistenten für Mittel- und Osteuropa, und wenn wir die Bosch-Stiftung engagiert halten können in diesem Bereich, glaube ich, schaffen wir sogar eine Anreicherung unseres kulturellen, in diesem Falle, Wissenschaftsangebots. Wir sind uns einig, Frau Limbach, Herr Knopp und ich, dass das Goethe-Institut bis zum Herbst einen Bericht vorlegen wird. Das kann ich Ihnen jedenfalls hier im Ausschuss versprechen, wir werden das Goethe-Institut bei seiner Arbeit nicht alleine lassen. Wir haben gestern lange miteinander geredet, und wir werden vom Auswärtigen Amt dem Goethe-Institut die notwendige politische Unterstützung leisten. Nur, weil auch das manchmal in Presseartikeln unterstellt worden ist: Die Eigenständigkeit des Goethe-Instituts wird von keinem im Auswärtigen Amt und insbesondere vom zuständigen

Minister nicht in Frage gestellt. Sie wird respektiert. Unter dieser Vorgabe werden Lösungen erarbeitet. Am Ende bleibt dann, gemeinsam zu entscheiden, was und wie viel uns die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wert sein wird. Die Entscheidung müssen wir dann gemeinsam treffen, die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung bringt zum Ausdruck, dass wir für eine sachgerechte Mittelausstattung im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beizutragen haben, besser gesagt, sie sicherzustellen haben. Das ist in den letzten Jahren nicht immer gelungen, trotz des erfreulichen Surplus der 25 Mio. € für wissenschaftlichen Austausch, über die ich vorhin gesprochen habe. Deshalb muss es darum gehen, und darüber habe ich im Haushaltsausschuss bereits bei der Begründung für den Haushalt 2006 gesprochen, dass man realistisch und mit Augenmaß so etwas wie eine Trendumkehr hinbekommt, dass man die in den letzten Jahren stetig gesunkene Ausstattung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, dass man diesen Trend bricht und in den nächsten Jahren langsam wieder nach oben kommt. Das ist realitätsgerecht und Ihnen ist völlig klar, dass ich das nicht alleine schaffe. Deshalb ist mein letzter Satz natürlich der, dass ich bei diesen Versuchen um Ihre Unterstützung bitte. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier. Sie dürfen im Kreise von Kulturpolitikern davon ausgehen, dass dieses Anliegen, das Sie eben geäußert haben, auf sehr große Sympathie stößt, aber wir müssen natürlich auch in den anderen Teilen des Parlaments, außerhalb dieses Ausschusses, die Unterstützung finden. Außerdem muss die Bundesregierung Sie in diesem Wunsch unterstützen. Wir sind hier also leider nicht allein. Wenn wir es allein entscheiden könnten, wären Sie sicherlich besser ausgestattet.

Ich möchte nicht versäumen, den Abteilungsleiter für Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Herrn Grolig, zu begrüßen, und ich möchte es auch nicht versäumen, die vielen Damen und Herren, die hier dieser Sitzung folgen, Journalistinnen und Journalisten und weitere Besucher, herzlich zu begrüßen. Wir kommen jetzt zur ersten Runde, der so genannten Fraktionsrunde, und ich darf erst einmal abfragen, wer für die Fraktionen sprechen wird. Herr Mücke, FDP, Herr Börnsen, CDU/CSU, Frau Dr. Jochimsen, DIE LINKE, Frau Griefahn, SPD, und Frau Dr. Eid, B 90/GRÜNE. Als Erstes beginnt die FDP-Fraktion, Herr Mücke, bitte.

Abg. Jan Mücke (FDP): Herr Minister, Sie haben zwar verdächtig oft den Begriff verwendet, Sie wollten Schlagzeilen vermeiden und Sie wollten die Diskussion, wenn es irgendwie geht, weg von den Finanzen führen. Diesen Gefallen kann ich Ihnen aber nicht ganz tun, weil natürlich eine auswärtige Kulturpolitik, die in den letzten Jahren finanziell sehr, sehr knapp gehalten wurde, praktisch ineffektiv ist. Sie haben zum Schluss gesagt, dass Sie sich eine Trendumkehr wünschen. Wir werden als Opposition sehr genau beobachten, ob sich diese Trendumkehr in Zahlen niederschlagen wird. Ich kann nur feststellen, nach allem, was wir bisher gelesen haben, dass der Haushalt des Auswärtigen Amtes in den letzten Jahren, also im Zeitraum von 1993 bis 2003, um 20 Prozent gestiegen ist, aber die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik von 32,8 auf 25 Prozent des Etats gefallen sind, und das scheint mir alles andere als eine Schwerpunktsetzung zu sein, die der auswärtigen Kulturpolitik zugute kommt.

Ich vermisse weiterhin, vielleicht können Sie das ja noch nachholen, eine Aussage dazu, wie es mit der inneneuropäischen Kulturpolitik weitergeht. Sie haben zwar erwähnt, dass Sie neue Schwerpunkte in den Weltregionen für sich entdecken, also die mittel- und osteuropäischen Staaten, die dynamischen Wachstumsregionen China und Indien. Was ist aber mit den Instituten, die sich im alten Teil der EU befinden, in Westeuropa? Welche Zukunft werden diese Institute haben und vor allen Dingen: wie wird der inneneuropäische Dialog weitergeführt? Das reicht vielleicht erst einmal für eine erste Frageunde.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/CSU): Danke schön, Herr Vorsitzender. Unsere eigentliche Berichterstatterin ist Frau Prof. Grütters. Gestatten Sie mir nur eine Anmerkung, bevor meine Kollegin dazu etwas sagt. Ich finde es als Erstes anerkennenswert, auch mit welcher persönlichen Leidenschaft Sie, Herr Minister, sich für die auswärtige Kulturpolitik einsetzen. Das ist gar nicht selbstverständlich, und dass Sie das auch in der Praxis umsetzen, was Sie hier sagen. Ich finde auch, es ist richtig, Ihre Mitarbeiter und die Botschaften anzuerkennen, dass sie weit über das hinaus, was sonst üblich ist, die Kulturpolitik ernst nehmen. Nicht nur die Organisationen, die mit uns zusammenarbeiten, auch Ihr eigenes Haus betreibt eine Politik, die zur Anerkennung unseres Landes in die anderen Staaten der Welt führt und uns einen respektablen Platz gebracht hat. Dritte und vorletzte Bemerkung: Ich finde, wir haben alle ein gutes Beispiel gesetzt in Afghanistan, was auswärtige Kulturpolitik leisten kann, nämlich Verständigung, Brücken bauen, und gleichzeitig auch dazu beizutragen, dass Menschenrechte und Friedenspolitik verwirklicht werden.

Da unser Vorsitzender mit einem Herz für die FDP die FDP zu Anfang genommen hat und nicht die größte Fraktion, will ich nur eine Anmerkung machen: Ich glaube, dass wir alle den Grundsatz, den der Außenminister hier deutlich gemacht hat, nämlich, dass wir zu einer neuen Balance kommen müssen zwischen den Wachstumsstaaten und den traditionellen Staaten, die auch Wachstum haben, aber vielleicht nicht ganz so großartig, dass wir diese neue Balance offensiv aufgreifen sollten, und darin zumindest finden Sie uns als Verbündete. Und damit übergebe ich an meine Kollegin, Frau Grütters.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Ich versuche mich kurz zusammenzufassen. Die Ouvertüre: Herr Außenminister, wir begrüßen es in der Tat, dass Sie im Kulturausschuss relativ zu Beginn der Legislaturperiode auftreten. Ohne lange Vorrede: In den letzten Jahren ist immerhin fast ein Drittel der gesamten Förderung verloren gegangen. Das war ja nicht eine kleine Reduzierung, sondern schon durchaus eine signifikante. Und wir haben gerade aufmerksam gehört, dass Sie diesen Trend, wenn ich das richtig mitbekommen habe, umkehren oder zumindest stoppen wollen. Da interessiert mich aber dann natürlich wirklich: Das Goethe-Institut als größte Mittlerorganisation hat ja doch anerkanntermaßen Schwierigkeiten, das Netz, so wie es jetzt da ist, zu halten angesichts der Finanzausstattung. Sie haben eben gesagt, wir haben ja auch die Vorgänge in der Diskussion um die Präsidiumssitzung mitbekommen, dass man die Präsenz von Instituten nicht gegen Projektförderung zum Beispiel als Glaubensfrage ausspielen dürfe, und man könne auch nicht die Frage nach dem Netz der Institute gegen Strukturfragen ausspielen. Da frage ich mich aber doch, wie Sie es denn dann machen wollen. Wird es mit Ihnen weitere Institutsschließungen geben oder eher nicht? Das führt natürlich sofort zum Bei-

spiel Kopenhagen. Das Institut dort ist ja nicht ohne Grund in so einem großen Gebäude untergebracht, wenn wir richtig informiert sind immerhin mit der größten germanistischen Bibliothek Dänemarks. Also ist die Frage nach der Unterbringung dort ja mehr als berechtigt und weniger eine Grundsatz- oder eine pragmatisch anders zu regelnde Frage.

Das führt dann zu meinem dritten Punkt, nämlich zur Budgetierung. Pilotprojekt Italien: sechs Institute. Ist es möglich oder können Sie uns hier zusichern, dass Sie das maßgeblich ausweiten werden? Ist das eine der Antworten oder eins der Lösungsmodelle, die bei der Finanzproblematik der Goethe-Institute vielleicht eine Zukunft haben? Wir würden das sehr wahrscheinlich begrüßen.

Abschließend: Bei den Auslandsschulen ist im letzten Haushalt überproportional gekürzt worden, dazu gibt es die eine oder andere Erklärung, trotzdem ist es signifikant, und das, obwohl natürlich das Thema Sprache gerade in der Auseinandersetzung mit Migrationsfragen eine außerordentlich große Rolle spielt. Können wir auf Ihre Unterstützung rechnen, dass der Trend sich zumindest nicht fortsetzt? Der Aufwuchs hier, der mit 20 Prozent offensichtlich ist, kam ja nicht aus Ihrem Haushalt, sondern aus Sondermitteln von Bildung und Forschung. Werden Sie das in Ihrem Haushalt künftig fortsetzen können?

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Ich will mich den Fragen nach den Finanzen, da sie jetzt ja schon gestellt sind, nicht unbedingt anschließen, sondern eigentlich mehr in den Bereich der Perspektiven der auswärtigen Kulturpolitik begeben. Ich habe mit großem Interesse Ihren neuen Begriff von der auswärtigen Kulturpolitik als „Brückenpfeiler“ gehört. Ich finde, das ist in der Tat ein Begriff, der vielleicht tragfähiger ist, als das, was wir bisher kennen als so genannte „dritte Säule“, weil man sich ja immer fragt: Drei Säulen, stehen die da nebeneinander? Welchen Portikus tragen sie eigentlich, und was ist ihr Fundament. Brückenpfeiler also. Wenn nun die auswärtige Kultur der Brückenpfeiler ist, dann wäre es doch wahrscheinlich ganz besonders wichtig, dass sich dieser Brückenpfeiler als belastbar erweist in Situationen, wenn es brenzlig wird mit der auswärtigen Politik, also in Konfliktsituationen und in Konfliktregionen. Insofern würde mich einmal interessieren: Wie gestaltet sich eigentlich auswärtige Kulturpolitik oder welche Pläne und Perspektiven haben wir im Fall des Iran? Wir erleben im Iran im Moment eine diplomatische Phase, die von Konflikten geprägt ist und in der auch in militärischen Optionen gedacht wird. Ich denke, diese diplomatische Phase müsste schwerpunktmäßig, wenn denn auswärtige Kulturpolitik ein wirklicher Brückenpfeiler der auswärtigen Politik ist, durch Kulturaktivitäten getragen werden. Ich kenne die Aufführungen des Mülheimer Theaters in Teheran, auch noch im vergangenen Jahr. Es ist also offensichtlich möglich, dass ein deutsches Theater, eine deutsche Theatergruppe, dort Theaterproduktionen aufführt. Mich würde interessieren: Gibt es Vorstellungen für uns in dieser schwierigen Zeit - und der Iran ist ja nur ein Beispiel eines von Konflikten heimgesuchten Ziels auswärtiger Kulturpolitik -, mit Kulturpolitik Brücken zu bauen oder doch zu versuchen, in einen Dialog zu treten?

Das Zweite geht im Grunde genommen in die ähnliche Richtung: Mir ist nicht ganz klar geworden, welche Konsequenzen im Auswärtigen Amt nach dem Karikaturstreit gezogen wurden und was wir danach in Zukunft in der auswärtigen Kulturpolitik eigentlich anders machen wollen und können.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Herr Außenminister, ich möchte mich ganz herzlich bedanken für das klare Bekenntnis zur auswärtigen Kulturpolitik als Ebene unterhalb der diplomatischen Beziehungen, die äußerst wichtig ist, weil sie tatsächlich die Kontakte zu den Menschen befördert vielleicht auch in Ländern, in denen der Kontakt mit den Regierungen eher kompliziert ist. Wir haben das ja erlebt: Im Iran war das Goethe-Institut, als es noch existierte, ein ganz wichtiger Anlaufpunkt für die damalige Opposition, und auch heute ist die Sprachenschule in Teheran noch ein wichtiger Treffpunkt für Menschen im Iran. Insofern glaube ich, ist es gar nicht zu unterschätzen, einfach Treffpunkte zu haben.

Für mich sind zwei oder drei Fragen wichtig. Sie haben den Bereich Jugendliche und Medien angesprochen. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt, weil in vielen der Länder, die wir eben angesprochen haben, 70 Prozent der Menschen unter 30 sind oder 50 Prozent unter 25. Das heißt, dahin sind die Zielprogramme eigentlich auszurichten, und da müssen wir noch ein Stück mehr tun, als wir bislang gemacht haben, weil häufig die Konzepte von Menschen gemacht worden sind, die in unserem Alter sind und die vielleicht nicht unbedingt den Zugang zu den Jugendlichen haben. Gibt es zunehmende Überlegungen, verstärkt Leute aus der aktiven Szene mit einzubeziehen in so eine Konzeptionalisierung? Es ist ja immer eine Frage: Denken wir uns etwas aus und meinen, den anderen tut das gut, oder lassen wir diejenigen, die sozusagen auf der gleichen Ebene wie die Zielgruppen sind, mitgestalten. Das wäre die eine Frage.

Die zweite Frage geht noch einmal auf die Problematik des Goethe-Instituts an. Wenn man die Problematik der Finanzierung der einzelnen Goethe-Institute diskutiert, haben wir immer, und das diskutieren wir ja seit Jahren, die Problematik der Budgetierung auf der Tagesordnung. Herr Grolig weiß das. Uns wurde vor einigen Jahren gesagt, dass die Budgetierung ab 2007 für die Goethe-Institute in der ganzen Welt existieren soll und dann eben auch das, was zum Beispiel durch einen Umzug eingespart wird, tatsächlich in die Arbeit vor Ort fließt und nicht in das Säckel des Finanzministers. Wo hakt es da? Hakt es jetzt beim Finanzminister? Wo müssen wir uns einklinken? Es wäre gut, noch einmal Hinweise zu bekommen, wo wir helfen können, dass dann tatsächlich das Geld auch in die Arbeit einfließt.

Ein dritter Punkt: Ich habe jetzt gerade wieder eine deutsche Schule im Ausland besucht. Wir haben in vielen Ländern die Problematik, dass wir immer weniger entsandte Kräfte haben, die auch Familien haben, das heißt, die reine Expertenschule, die reine deutsche Schule wird automatisch dadurch kleiner, dass junge Kräfte entsandt werden, die meistens die Familie nicht mitnehmen dürfen oder können bzw. gar keine Familien haben oder eben Ortskräfte angestellt werden. Gibt es da eigentlich Überlegungen, dass wir auf jeden Fall die Schulen erhalten, genau aus dem Grund, den Sie erwähnt haben? Viele von denen haben ja auch eine Anbindung nach Deutschland, das erleben wir immer wieder. Wie viele Schwierigkeiten stellen sich dar, wenn sie tatsächlich zu Begegnungsschulen gemacht werden, damit wir eine Substanz von den Bürgern aus dem jeweiligen Land haben, die mit Deutschland auch etwas zu tun haben? Danke.

Abg. Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Außenminister, ich habe mich sehr gefreut über Ihr klares Bekenntnis zur auswärtigen Kulturpolitik, muss aber gestehen, ich hätte mich, glaube

ich, noch ein bisschen mehr gefreut, wenn Sie sich mit der gleichen Verve bei Ihren ersten Reden im Deutschen Bundestag zur auswärtigen Kulturpolitik bekannt hätten und dazu ein paar Worte mehr gesagt hätten, weil ich finde, wir müssen darauf achten, dass wir dann, wenn wir die Außenpolitik der Bundesregierung darstellen, auch die auswärtige Kulturpolitik berücksichtigen, wenn es die dritte Säule der Außenpolitik ist. Das wäre meine Bitte, wenn wir wieder eine allgemeine außenpolitische Aussprache haben, dass dann von Ihnen, Herr Minister, dieses ein bisschen stärker nach vorn getragen wird. Vielleicht könnte sich auch noch die Kanzlerin bei einer Regierungserklärung dazu bekennen, ohne immer nur den Satz zu wiederholen, Geld für Kultur ist nicht Subvention, sondern Investition. Das kann man schon bald nicht mehr hören. Dann würden auch die anderen Kollegen aus den anderen Ausschüssen die Bedeutung dieses Politikfeldes, glaube ich, ein bisschen stärker für sich erkennen.

Sie sagten etwas zu den regionalen Schwerpunkten. Es ist richtig, dass wir die neuen Herausforderungen durch aufstrebende Nationen und auch durch Nationen, die international eine größere Rolle spielen, stärker berücksichtigen müssen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite möchte ich das aufgreifen, was Sie sagten: Wo es bröckelt, da muss man nacharbeiten. Und wir müssen neue Pfeiler bauen. Das heißt also, in der islamischen Welt, China, Indien, da müssen neue Pfeiler gebaut werden. Ich sehe aber, vielleicht im Gegensatz zu anderen, dass es in Europa bröckelt. Ich glaube, dass wir uns etwas einreden, was nicht mehr der Fall ist, nämlich dass Europa aus eigener Kraft zusammenwächst. Ich finde, dass die Kulturpolitik hier am stärksten wirken kann, dass wir eine Identität in Europa entwickeln, dass sich die Menschen begegnen. Denn nur eine europäische Chemiepolitik oder Handelspolitik spricht die Menschen nicht an. Deswegen glaube ich, dass in unserer auswärtigen Kulturpolitik Europa nicht zu kurz kommen darf. Für mich ist die Frage nicht, ob sich das Goethe-Institut zurückzieht, sondern, wenn sie sich zurückziehen, was ist die Alternative? Was kommt stattdessen? Also, dass wir uns nur zurückziehen und nichts dagegensetzen, wie zum Beispiel Kooperationen mit anderen Kulturinstituten in Drittländern, bilaterale Kooperation in Drittländern, das halte ich für keine mögliche Alternative. Ich habe aber von Seiten des Ministeriums noch keine Konzeption über Alternativen gehört.

Kurz etwas zu den Instrumenten Dialog und Krisenprävention: Ich habe dafür große Sympathie, habe aber gleichzeitig die Sorge, dass man mit diesen sehr eingängigen Begriffen Erwartungen weckt, die man nicht erfüllen kann. Seit 30 Jahren machen wir Krisenprävention in der Entwicklungskooperation und ich glaube nicht, dass die Krisen deswegen abgenommen haben. Ein bisschen bescheidener, einfach Möglichkeiten der Begegnungen zu schaffen, läge mir etwas näher, weil ich finde, wenn wir zu hohe Ansprüche stellen, dann sind wir auch ganz schnell enttäuscht, wenn sie dann nicht eingehalten werden.

Wir hatten vor kurzem ein Mittagessen mit den Regionalleitern der Goethe-Institute und Frau Dr. Jochimsen und ich waren die einzigen, die von den jetzt Anwesenden bei diesem Mittagessen dabei waren. Ich fand es sehr interessant, dass die Regionalleiter uns klargemacht haben oder zu verstehen gegeben haben, dass man keine „Blaupausen“ entwickeln soll, sondern dass man, und das hat mir dann auch gut gefallen, Herr Minister, hinschauen muss, was im Einzelfall oder in bestimmten Regio-

nen mit wie viel Geld gemacht werden kann. Da würde ich Sie sehr unterstützen, dass man nicht irgendwelche Standards setzt, die dann übergestülpt werden und an denen alle gemessen werden. Wenn Sie das weiterverfolgen würden, fände ich das sehr gut.

Vorsitzender: Vielen Dank, jetzt darf ich Herrn Dr. Steinmeier zur Beantwortung der fünf Beiträge bitten.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Ich fange mit Frau Eid an. Nicht weil sie die letzte Fragende war, sondern weil es die Möglichkeit einer Antwort gibt, die ein bisschen den Schwerpunkt legt auf das, was ich vorhabe, was ich mir vorstelle. Frau Eid, Sie haben darauf hingewiesen, der Aspekt der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik habe Ihnen in meiner ersten Rede im Bundestag zu sehr gefehlt. Das mag so sein, das will ich gar nicht ausschließen. Wahrgenommen worden ist allerdings, dass ich in der Rede bei meiner Amtsübernahme von meinem verehrten Vorgänger die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sehr stark in den Vordergrund gestellt habe. Ich meine mich zu erinnern, dass ich sie auch in der ersten Rede im Bundestag deutlich erwähnt habe. Darauf kommt es mir aber gar nicht an, sondern ich glaube wirklich, Frau Eid, einen Augenblick lang kommt es einmal nicht nur auf Symbole an, sondern kommt es darauf an, dass wir Lösungen finden. Zum Beispiel auch für das Goethe-Institut. Daran würde ich mich gerne beteiligen und das habe ich den Beteiligten auch zugesichert. Als generelle Antwort für einige vorweg, die beklagt haben, dass etwa die Zukunft aller europäischen Institute nicht so genau erkennbar ist, zu all diesen mit leicht kritischem Unterton gestellten Fragen, sage ich: Ich kann als zuständiger Minister nicht akzeptieren, dass angeblich eine Liste mit Streichungsvorschlägen existiert. Also bitte ich um Verständnis, dass ich mir zunächst Alternativen erarbeiten lasse. In diesem Prozess sind wir, und ich nehme das nicht teilnahmslos zur Kenntnis, sondern ich will mich an diesem Prozess beteiligen.

Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind überall an den Einsatzorten der Goethe-Institute sehr unterschiedlich. Aber ich bin mir sicher, es werden in diesem Diskussionsprozess Lösungen entstehen, die es jedenfalls nicht notwendig machen werden, in einem solchen Umfang von Schließungen oder Streichungen zu reden, wie es andernorts möglicherweise schon geschehen und teilweise öffentlich kommentiert worden ist. Nur, Frau Grütters, an einem Punkt glaube ich, müssen wir ehrlich miteinander sein. Wenn es uns nicht gelingt, im Kopenhagener Institut von einer Größenordnung von 500 qm auf 300 qm zurückzugehen bei im Übrigen voller Gewährleistung der Präsenz der deutschen Kulturarbeit dort, dann glaube ich, wird diese Arbeit misslingen. In dieser Größenordnung, glaube ich, müssen wir uns Entscheidungen auferlegen können, sonst nehmen auch Dritte nicht ernst, dass wir hier Strukturbereinigung vorhaben. Von daher bitte ich auch Sie, die Sie alle an diesem Prozess einer möglichen Neustrukturierung teilhaben, ein wenig offen zu sein für Schnitte, die es vielleicht an der einen oder anderen Stelle geben wird, aber uns auch die Zeit zu geben, ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten, das auch ich als zuständiger Minister für verträglich und verantwortbar halte.

Damit fange ich jetzt vorne an bei den Fragen und versuche die Frage und teilweise Kritik von Herrn Mücke zu beantworten. Sie haben in der Tat richtig zitiert, dass es mir überhaupt nicht darum geht mit der Präsenz in dieser Ausschusssitzung, mit dem, was ich hier vorzutragen habe, Schlagzeilen zu

erzeugen. Mit Blick auf das, was ich eben auf Frau Grütters geantwortet habe, meine Bitte: Nehmen wir uns selbst gegenseitig ernst und versuchen in einer solchen Situation, in der Lösungen sich nicht von selbst ergeben, uns die Zeit zu geben, nach diesen Lösungen zu suchen. Es ist in der Tat so, dass der Haushalt des Auswärtigen Amtes zwar gewachsen ist, aber man muss sich mit den Strukturen dieses Haushaltes genauer beschäftigen, wenn man verstehen will, was dort passiert ist. Wir haben tatsächlich eine leichte Aufbesserung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes insgesamt. Allerdings ist das, was hinzugekommen ist, sogar mit einem gewissen Aspekt von Unterfinanzierung verbunden, was die neu hinzugekommenen, zusätzlichen Aufgaben betrifft.

Wir sprechen von dem klassischen Stammhaushalt des Auswärtigen Amtes, der ist wie viele andere Ressorthaushalte eben tatsächlich heruntergegangen. Schauen Sie genauer in den Haushalt des Auswärtigen Amtes, so finden sie dort eine Struktur, die besagt, ungefähr 30 Prozent in diesem Haushalt liegen bei den Personalausgaben, die nur sehr geringfügig bewegt werden können und nur über einen längeren Zeitraum, und auch das wäre mit schmerzhaften Entscheidungen verbunden, ob wir etwa Botschaftspersonal ausdünnen. Das ist, glaube ich, auch keine besonders sinnvolle Überlegung. Ein weiteres Drittel dieses Haushaltes ist gebunden durch unsere Beiträge für internationale Organisationen, tendenziell steigend durch die wachsende Anzahl von Friedenseinsätzen, die sich zu einem gewissen Anteil auch im Haushalt des Auswärtigen Amtes niederschlagen. Bleibt ein drittes Drittel, das die Haushälter flexible Ausgaben nennen. In denen stecken Ausgaben für humanitäre Hilfen und für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Wenn Sie sich das vor Augen halten, dann wissen Sie, dass sich in den Konsolidierungshaushalten, die das Auswärtige Amt zu leisten hatte, die Sparbeiträge in den letzten Jahren auf dieses so genannte flexible dritte Drittel beziehen. So ist es nicht erstaunlich, dass da, wo das Auswärtige Amt in den letzten Jahren reduzieren musste, es nur dort reduzieren konnte, wo die Ausgaben scheinbar beeinflussbar waren. Vor diesem Ergebnis stehen wir jetzt und darum sage ich, da müssen wir so etwas wie eine Trendumkehr hinkriegen und dafür habe ich um Ihre Unterstützung gebeten.

Auf Ihre Frage der Zukunft der Goethe-Institute in Europa verlangen Sie jetzt bitte keine Garantie für jede Quadratmeterzahl jedes Institutes in Europa. Die kann ich Ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geben, aber ich glaube, es wäre auch unredlich, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verlangen. Sie wissen aber, dass es gemeinsame Bemühungen zwischen Deutschland und Frankreich gibt, unsere Präsenz andernorts auch gemeinsam zu gewährleisten. Wenngleich nach meinem persönlichen Eindruck befragt, ich bei meinen Kontakten im Ausland – in Japan vielleicht am stärksten, wo wir uns gerade mit dem Deutschland-Japan-Jahr sehr nachhaltig präsentiert haben – immer wieder feststelle, das Interesse, das wir dort vorfinden, ist nicht primär das Interesse an einer europäischen Kultur. Ob wir das wollen oder nicht, im Ausland will man eine Präsenz der deutschen oder der französischen Kultur oder der britischen Kultur. Das, was wir möglicherweise als erfahrungsgeprägte Europäer in fortgeschrittenem politischem Integrationszustand als europäische Kultur begreifen, das ist als europäische Kultur dort so noch nicht angekommen. Insofern glaube ich, bedarf es wirklich noch einige Zeit, bis wir uns vollständig zu einem Konzept von europäischen Kulturinstituten hinbewegen. Ob das jemals so wird, kann ich Ihnen nicht sagen.

Nach den Auslandsschulen, hatten Sie gefragt. Wenn ich vor Ort bin, führe ich Gespräche mit den Botschaftsangehörigen, wo mir dann das Thema Auslandsschulen in aller Regel zum ersten Mal begegnet, weil die Botschaftsangehörigen entweder voll des Lobes sind über die Schulen vor Ort oder, was gelegentlich leider auch vorkommt, über den Ausstattungsstandard, über den Personalstandard dieser Schulen klagen müssen. Das schaue ich mir sehr genau an. Was ich aber sicher weiß, das habe ich in den Anfangsausführungen zum Ausdruck gebracht, ist, dass die Auslandsschulen unsere wirkliche Essenz sind. Da müssen wir weiter investieren und wenn irgend möglich mehr investieren. Wir sind auch in Gesprächen mit der Wirtschaft, um möglicherweise in Kooperation mit der Wirtschaft zusätzliche Mittel einzuwerben. Wenngleich man darauf, das sei klargestellt, keine Finanzierung der Auslandsschulen stützen kann. Aber Unterstützendes kann man sich vielleicht erhoffen.

Sie haben richtig hingewiesen auf den 25 Millionen Euro Anteil. Ich habe nicht sagen wollen, dass das Geld zum ureigensten Haushalt des Auswärtigen Amtes gehört. Es ist Ergebnis der Genshagener Beschlüsse und Ausfluss des Gesamtwillens des Kabinetts, die Wissenschaftspolitik stärker zu fördern.

Frau Jochimsen hatte gefragt, anlässlich meines Bildes von den Brückenpfeilern, was wir in Bezug auf den Iran tun. Wir tun in der Tat noch viel. Nicht alles ist einfach. Der Besuch der Buchmesse etwa, die Präsenz der Frankfurter Buchmesse in Teheran ist nicht etwas, was streitfrei stattfindet, worüber wir uns zuletzt, ich selbst mit dem israelischen Botschafter, noch lange unterhalten haben. Ich selbst bin auch der Meinung, dass wir, abgesehen vom Thema Buchmesse, unsere kulturelle Präsenz im Iran aufrechterhalten sollten, aber bitte unter den spezifisch iranischen Bedingungen. Es ist ja nicht so, als ob die neue iranische Führung allein unter dem Aspekt nukleares Atomprogramm eine veränderte Politik zeigt, sondern wir sehen im Augenblick, nicht nur uns betreffend, sondern auch die anderen Europäer, sich ständig verengende Spielräume für die Präsenz unserer eigenen europäischen Kultur dort. Auch da haben wir entsprechende Ängste, Befürchtungen, dass die Präsenz europäischer Kultur zu Fragestellungen innerhalb der eigenen iranischen Gesellschaft führt, die möglicherweise die dortige Führung in Schwierigkeiten bringt. Volker Schlöndorff war gerade Mitglied einer Jury auf dem Teheraner Filmfestival. Unsere Sprachenschule erfreut sich dort nach wie vor großer Beliebtheit und ist, glaube ich, ein Zentrum des Austausches weithin über den Spracherwerb hinaus.

Eine der dringendsten Fragen, die ein paar Mal auftauchte, war die Frage der Budgetierung. Ja, ich vertrete diesen Weg ausdrücklich. Einige wissen es, Herr Oppermann war ja eben hier im Raum, der hat ja den Weg der Budgetierung bei Hochschulen als zuständiger Landesminister hinter sich und weiß auch, dass man diesen Weg gehen kann, gehen muss unter schwierigen Haushaltsbedingungen, aber auch gehen kann, unter Aufrechterhaltung aller Möglichkeiten der Aufgabenerfüllung. Deshalb kann ich Ihnen versprechen, ich gehe unter Haushaltsgesichtspunkten den Weg der Budgetierung weiter. Wenn wir aber gleichzeitig im Prozess der Strukturreformen sind, dann muss man natürlich die beiden Prozesse aufeinander abstimmen. Man darf durch die frühzeitige Vorgabe der Budgetierung natürlich nicht Strukturen festigen, von denen man weiß, dass man noch mal ran muss. Also, ich kann Ihnen versichern, wir bleiben dabei.

Jetzt habe ich hier noch eine Frage: Schulen – Begegnungsschulen, was war der Inhalt der Frage noch einmal?

Abg. Monika Griefahn (SPD): Wir beklagen den Rückgang von Kindern in deutschen Familien, in vielen Ländern haben wir dadurch Schwierigkeiten, die Schulstandorte weiter aufrechtzuerhalten.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Die Schwierigkeiten beruhen ja auf unterschiedlichen Gründen. Manchmal sind die Partnerstaaten nicht bereit, solche Begegnungsschulen zu fördern, manchmal liegt es auch schlicht und einfach daran, dass wir das notwendige Personal nicht bekommen oder nicht finanziert bekommen. Insgesamt Frau Griefahn, kann ich aber sagen, dass da, wo ich selbst in meiner neuen Zuständigkeit mit der Pflege und Gründung von Begegnungsschulen berührt war, ich auf diese Schwierigkeiten nicht gestoßen bin. Insofern werde ich ein Auge darauf haben, aber es war jedenfalls kein präsent Problem zu Beginn meiner Amtszeit.

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Dr. Steinmeier. Meine bange Frage ist jetzt: Wie lange haben Sie noch Zeit? Wir haben noch fünf Wortmeldungen. Wenn die fünf Kolleginnen und Kollegen sich vielleicht ganz knapp fassen, können wir noch eine kurze Runde machen? Sehr schön. Vielen Dank. Als Erste Frau Krüger-Leißner, bitte.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Herzlichen Dank. Herr Minister, ich bin froh, dass Sie ganz mutig gesagt haben, dass Sie den angestoßenen Reformprozess weiter vorantreiben wollen. Ich glaube, wir haben alle seit einigen Jahren beobachtet, dass es beachtliche Bemühungen der einzelnen Institutionen gibt, sich zu reformieren, sich neu einzurichten auf die Aufgabenstellung. Diese Notwendigkeit hat sich natürlich durch den finanziellen Druck enorm verstärkt. Ich glaube, dass dieser Druck ohne Frage die Notwendigkeit verstärkt, dass wir uns diesem Reformprozess als Regierung, als Auswärtiges Amt, aber auch als Parlament konzentrierter stellen. Ich glaube, wir müssen kräftig mitarbeiten, unsere Vorstellungen mit einbringen. Was erwarten wir zum Beispiel von einem Goethe-Institut weltweit, wen wollen wir erreichen, wo wollen wir was tun? Ich wollte gerne von Ihnen wissen, wie Sie die bisherigen Reformbemühungen einschätzen. Ich habe folgenden Eindruck gewonnen: Ich glaube, es gibt gute Vorstellungen, es gibt auch gute Lösungsansätze, aber die Umsetzung der Ideen ist viel zu langsam und viel zu zögerlich. Die Zeit läuft uns weg. Insofern ist der Zeitrahmen für die Goethe-Institute, bis zum Herbst zu sagen, wir setzen uns zusammen, wir machen ein Konzept, eine gute Zielorientierung. An der wollen wir mitarbeiten. Können Sie sich vorstellen, dass wir in diesem Rahmen, wenn wir die Ziele genau benannt haben, mutiger sind, auch in der Budgetierung einen Schritt weiter zu gehen? Denn ich glaube, das muss parallel erfolgen. Das kann nicht sofort erfolgen, aber wenn wir das Zukunftskonzept haben, dann, glaube ich, müssen wir alles tun, damit wir es schnell umsetzen können.

Vorsitzender: Danke. Kollegin Gitta Connemann, bitte.

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Minister, es freut uns natürlich alle zu hören, dass Sie die auswärtige Kulturpolitik als unverzichtbaren Bestandteil deutscher

Außenpolitik sehen, und Kulturpolitiker sind sich sicherlich einig, dass Köpfe und Herzen der Menschen sich damit besser erreichen lassen als mit klassischer Diplomatie. Ein sehr schöner Satz. Sie haben gesagt, dass Sie einen Schwerpunkt auf Weltregionen setzen wollen, in denen wir unterrepräsentiert sind. Sie haben insoweit den Fernen Osten genannt. Wie halten Sie es, konkrete Nachfrage, mit Europa, wenn ich im auswärtigen Kulturpolitikbericht der Bundesregierung sehe, dass in Frankreich und den meisten westeuropäischen Ländern das Interesse an Deutsch tendenziell abnimmt, dass die Aufgabe der Veränderung eines einseitigen, vergangenheitsgeprägten Deutschlandbildes nicht abnimmt, sondern eher zunimmt? Dazu vielleicht zwei Beispiele: Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat im letzten Jahr unter anderem Großbritannien besucht. Wir hatten ein Gespräch mit dem Botschafter in London, der uns sagte, dass das Deutschlandbild sich zunehmend wieder negativ verändert, dass es zunehmend Übergriffe auf deutschsprachige Jugendliche gibt. Ich kann dasselbe bestätigen aus meinem Nachbarland Niederlande, aus meinem Grenzwahlkreis.

Im Übrigen haben sicherlich die Hindernisse, die die europäische Verfassungsgebung nach den negativen Voten der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden zu überwinden hat, auch die kulturelle Dimension des europäischen Einigungsprozesses ins Blickfeld gerückt. Deshalb bedarf es aus meiner Sicht sehr vielfältiger Anstrengungen und auch neuer Schwerpunkte, und deshalb meine Frage: Heißt Schwerpunktsetzung, wie Sie sie gerade genannt haben, neue Präsenz zu zeigen, in den von Ihnen genannten Ländern, neben oder an Stelle der Pflege der gewachsenen Beziehungen in Europa? Was plant zum Beispiel das Auswärtige Amt zur Verstärkung des Interesses an Deutsch als Fremdsprache? Welche besonderen Maßnahmen und Kulturprojekte sind gegebenenfalls auch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geplant? Gibt es insoweit eine Art Handlungsplan des Auswärtigen Amtes? Und schließlich: Europäische Kulturpolitik und Kulturpolitik im globalen Kontext sind natürlich immer mehr als die Förderprogramme, es gibt ja auch die Rahmenbedingungen. Berücksichtigen Sie diese auch bei Ihrer Tätigkeit, sei es bei GATS, bei der Dienstleistungsrichtlinie oder ähnlichen Dingen? Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. So spannend die Fragen sind, ich muss jetzt doch die beiden verbleibenden Redner bitten, sich ein bisschen kürzer zu fassen. Das sind die Kollegen Reiche und Grindel. Bitte, Herr Kollege Reiche.

Abg. Steffen Reiche (SPD): Sie haben eben gesagt, dass in fernen Regionen der Welt eher deutsche oder französische Kultur interessiert und die europäische noch nicht so sehr nachgefragt wird. Angebot schafft Nachfrage. Deshalb doch noch einmal meine Nachfrage, ob ein Erasmus-Institut zum Beispiel, mit dem erforderlichen Vorlauf, nicht doch etwas Hilfreiches zu dieser Frage beitragen könnte. Zweite Frage: Wenn man in große Hauptstädte kommt, kann es einem durchaus passieren, dass man nach der Deutschen Botschaft in die Friedrich-Ebert-Stiftung, in die Konrad-Adenauer-Stiftung in die Naumann-Stiftung, in die Böll-Stiftung und dann noch in das Goethe-Institut eingeladen wird. Die Frage, die sich da anschließt, ist, ob in dem Zusammenhang und in dem Interesse, das Sie dargestellt haben, nicht mit mehr Koordinierung gearbeitet werden könnte, die natürlich auch nicht in den nächsten ein, zwei Jahren greift, aber doch vielleicht in vier, fünf oder sechs Jahren, wenn aller Voraussicht nach das Geld noch knapper wird. Denn so viel können wir uns bei unseren Kindern gar

nicht borgen. Letzte Frage: Wenn Sie heute Abend mit den Migranten reden, mit welchem Bild oder mit welcher Vorstellung von kultureller Identität, sowohl in Bezug auf Deutschland als auch auf Europa, werden Sie die Damen und Herren konfrontieren?

Vorsitzender: Danke schön. Als Letzter in unserer Runde hier der Kollege Grindel. Bitte schön.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will nichts gegeneinander ausspielen, aber ich glaube, in einer digitalen Medienwelt muss man vielleicht das eine oder andere verändern. Deswegen, Herr Minister, fand ich gut, was Sie zur Deutschen Welle gesagt haben. Wir müssen über das Fernsehen und das Internet die Leute erreichen. Konkrete Frage zu einem Projekt: Aus ihrem Haushalt wird ein Projekt der Deutschen Welle finanziert, das unterm Strich nichts anderes bedeutet, als dass jeden Tag zwölf Minuten Weltnachrichten von der Deutschen Welle für das afghanische Fernsehen produziert werden, was damit zusammenhängt, dass der jetzige Intendant des afghanischen Fernsehens sich lange Jahre in Deutschland aufgehalten hat und hervorragend Deutsch spricht. Das heißt, wie die Zuschauer dieses afghanischen Fernsehprogramms die Welt sehen, wird von der Deutschen Welle bestimmt. Das ist sicherlich ein vorbildliches Projekt, kostet 700.000 €. Meine Frage, weil es nicht ganz klar ist, dass es auch im nächsten Haushalt dieses Geld noch geben wird, lautet, ob Sie sich a) dafür einsetzen wollen, dass es das weiter geben kann, sofern natürlich die Rahmenbedingungen beim afghanischen Fernsehen gegeben sind, und b), ob das nicht Beispielcharakter hat? Ob über die Deutsche Welle oder direkt mit Projektförderung, dass man einfach in diesen Ländern stärker versucht, die Medien zu erreichen.

Vorsitzender: Danke schön. Herr Außenminister.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Die erste Frage war die nach dem angestoßenen Reformprozess und die Frage nach meiner Bereitschaft, diesen weiter zu unterstützen konkretisiert zu einzelnen Feldern der bisherigen Reformen. Das ist natürlich ein Gespräch, in das ich mich tief rein begeben. Mit Herrn Knopp mit Frau Limbach habe ich mich darüber unterhalten, wie die internen Bewertungen etwa zur Frage der Regionalisierungsbeauftragten aussehen, weil mir zu Ohren gekommen war, dass jedenfalls die Bewertung nicht ganz so eindeutig ausfällt. Ich bin froh darüber, erfahren zu haben, dass dieses Projekt, diese Entwicklung inzwischen als konsolidiert angesehen werden kann, insofern in diesem Bereich keine Rücknahmen der entschiedenen Reformen stattfinden müssen. Bei der Budgetierung kann ich Ihnen nur sagen, Sie haben meine volle Unterstützung, sobald wie möglich. Und ich hoffe, dass die Bewertungen, die wir erwarten, im Laufe dieses Jahres zu keinen negativen Ergebnissen bei den Modellregionen führen werden, in denen die Budgetierung bereits Einzug gehalten hat.

Was das Deutschlandbild im Ausland angeht, Frau Connemann, insbesondere in Großbritannien: Sie haben Recht, das ist Wandlungen unterworfen. Botschafter Matussek hat sich dieser Frage, möglicherweise haben Sie mit ihm gesprochen, während seiner Zeit in London intensiv gewidmet, mit und ohne Goethe-Institut, vor allen Dingen persönlich, durch Fernsehauftritte, Zeitungsbeiträge, Diskussionen in Schulen und vieles mehr. Die Konjunkturen sind manchmal von anderen Dingen abhängig als

nur von Auftritten dort. Was aber keine Antwort darauf ist und insbesondere keine Rechtfertigung für einen Rückzug der Kulturarbeit, öffentlicher Kulturarbeit, aus den Hauptstädten Europas. Was ich Ihnen sagen will: Wo immer Streichlisten in der Größenordnung von 35 Instituten zirkulieren, sind das keine Streichlisten des Goethe-Institutes und erst recht nicht aus dem Auswärtigen Amt. Deshalb, wenn das Bedürfnis besteht zu bestätigen, dass solche eventuellen Streichlisten nicht meine Streichlisten sind, dann will ich das gerne tun. Diese wird nicht die Grundlage meiner Arbeit und der gemeinsamen Arbeit mit Frau Limbach und Herrn Knopp und vielen anderen sein. Dies vorweg gesagt, bedeutet das eben, ich weiß nicht, wer das Wort von der Balance gebraucht hat: Bei den Neujustierungen des Verhältnisses Europa, Fernost und andere Regionen in der Welt, müssen wir uns möglicherweise einige Entscheidungen aufzwingen. Das wird nicht anders gehen. Aber wir sollten sie nicht dadurch verunmöglichen, dass wir jetzt Diskussionen über das Ende der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einläuten. Das ist sicherlich die falsche Weichenstellung für eine Diskussion, in der wir uns gegenseitig brauchen werden.

Was Erasmus angeht: Ich habe nichts dagegen, dass wir in der Lage sind, europäisch noch zusätzlich kulturelle Expressionen in anderen Teilen der Welt zu präsentieren. Ich habe zunächst einmal, nach meiner Erfahrung der wenigen Monate im Amt, gesagt: das scheint mir, jedenfalls nach gegenwärtiger Lage, nicht der Ausweg zu sein. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir im Deutschen Bundestag über die Möglichkeiten deutscher auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik reden, uns dabei offen halten, dass wir an einzelnen Stellen, wo es nicht anders geht, auch Kooperationen mit Nachbarstaaten machen, aber diese Kooperationen oder gemeinsame europäische Präsenz nicht zum Leitprinzip unserer eigenen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik machen. Um diese Aussage geht es mir.

Was das Nebeneinander von deutschen Kultureinrichtungen und Stiftungen bis hin zu Goethe angeht: In manchen Regionen ja, aber ich glaube, niemand von Ihnen würde befürworten, dass wir die Arbeit der politischen Stiftungen in Ländern außerhalb Europas in irgendeiner Weise einschränken. Unsere Botschafter sind allerdings angehalten - und soweit ich das beobachte, tun sie das auch - Doppelarbeiten, Doppelpräsenzen der Einrichtungen zu denselben Themen nach Möglichkeit zu vermeiden. Natürlich menschelt es überall, aber in den allermeisten Regionen, in denen ich zugegen war, ist das Verhältnis von Botschaften, Stiftungen und Goethe-Instituten jedenfalls so, dass diese Vermeidung von Doppelarbeiten und Doppelpräsenzen gelingt.

Eine Frage hatten wir noch: Welches Deutschlandbild ich den Künstlern mit Migrantenhintergrund heute Abend vermittle. Das ist nicht Sinn des Gesprächs. Es geht mir gar nicht darum, ein Deutschlandbild zu vermitteln, sondern es geht mir darum, diesen Künstlern in erster Linie Fragen zu stellen, wie sie sich selbst mitgenommen fühlen durch die Auslandskulturpolitik in Deutschland, und ob wir da mehr Integration schaffen. Sie haben natürlich auch andere Aspekte der Wahrnehmung deutscher Auslandskulturpolitik in den Ländern, in denen wir präsent sind, als wir sie möglicherweise selbst haben.

Herr Grindel, die zwölf Minuten im afghanischen Fernsehen sind wichtig. Ich freue mich, dass wir für den Haushalt 2006 mit Mühe eine Lösung erreicht haben. Ich werde mich auch für den Haushalt 2007 einsetzen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier. Auch, dass sie uns länger haben zur Verfügung stehen können als ursprünglich angekündigt. Das ist uns lieber als umgekehrt. Wir hatten leider auch schon die umgekehrten Fälle.

Tagesordnungspunkt 2a

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2004

BT-Drucksache 15/6007

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 2b

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm "Kultur 2007" (2007 - 2013)

KOM-Nr.(2004) 469 endg.; Ratsdok.-Nr: 11572/04

Der Ausschuss berät den Vorschlag der Koalitionsfraktionen für eine Beschlussempfehlung gemäß Ausschussdrucksache 16(22)028. Dabei wird der Text redaktionell überarbeitet und der Begriff „Ganzheitlichkeit“ durch „Komplexität“ ersetzt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig Kenntnisnahme und eine Stellungnahme gemäß Ausschussdrucksache 16(22)028.

Tagesordnungspunkt 3a

Bericht der Kommission

Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Zweiter Bericht über die Anwendung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern

KOM-Nr.(2005)675 endg.; Ratsdok.-Nr: 5066/06

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 3b

Vorschlag für einen Beschluss des Rates

Vorschlag für einen Beschluss des Rates zum Abschluss des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

KOM-Nr.(2005)678 endg.; Ratsdok.-Nr: 5067/06

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 4

Vorschlag des Europäischen Parlamentes und des Rates

Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen

KOM-Nr.(2005)548 endg.; Ratsdok.-Nr: 13425/05

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 5a

Gesetzentwurf der Abgeordneten Jerzy Montag, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Journalisten und der Pressefreiheit in Straf- und Strafprozessrecht

BT-Drucksache 16/576

Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE:

Tagesordnungspunkt 5b

Gesetzentwurf der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg van Essen, Mechthild Dyckmans, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Pressefreiheit

BT-Drucksache 16/956

Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tagesordnungspunkt 6

Mitteilung der Kommission

Jährliche Strategieplanung für 2006

KOM-Nr.(2005)73 endg.; Ratsdok.-Nr: 7243/05

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 7

Entschließung des Europäischen Parlaments

Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006 (KOM(2005)0531)

(EuB-EP 1291)

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 8

Weißbuch der Kommission

Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik

KOM-Nr.(2006)35 endg.; Ratsdok.-Nr: 5992/06

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 9

Entschließung des Europäischen Parlaments

Struktur, Themen und Kontext für die Bewertung der Debatte über die Europäische Union

Entschließung des Europäischen Parlaments über die Reflexionsphase: Struktur, Themen und Kontext für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union (2005/2146(INI))

(EuB-EP 1303)

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 10

Mitteilung Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Entwurf einer Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung

KOM-Nr.(2005)218 endg.; Ratsdok.-Nr: 9507/05

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 11

Jahresbericht der Kommission

22. Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2004)

KOM-Nr.(2005)570 endg.; Ratsdok.-Nr: 5594/06

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 12

Zur Überweisung an den UA Neue Medien:

Tagesordnungspunkt 12a

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über Daten- und Persönlichkeitsschutz bei der Veröffentlichung insolvenzrechtlicher Daten über das Internet

BT-Drucksache 15/181

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 12b

Bericht gem. § 56a GO-BT des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Technikfolgenabschätzung

Internet und Demokratie -

Abschlussbericht zum TA-Projekt "Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten"

BT-Drucksache 15/6015

Der Ausschuss weist die Vorlagen der Tagesordnungspunkte 12a und 12b zur Beratung dem Unterausschuss Neue Medien zu.

Tagesordnungspunkt 13

Verschiedenes

Keine Bemerkungen.

Schluss der Sitzung: 17:55 Uhr

Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender